

Fächer auf der „grünen Wiese“: Landfrauenrat fordert eigenes Unterrichtsfach für „Alltags- und Lebensökonomie“

In diesen Tagen ist ein Antrag des Verbandes hauswirtschaftlicher Berufe zur Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Niedersachsen am 2. November 2013 in Verden veröffentlicht worden, der ein neues Schulfach Hauswirtschaft o. Ä. fordert. Diese Forderung wird vom Präsidium des Deutschen LandFrauenverbandes e.V. (DLV) unterstützt, der am 11.06.2012 ein Positionspapier „Landfrauen wollen Unterrichtsfach Alltags- und Lebensökonomie“ veröffentlicht hat. Er ist im Internet unter www.LandFrauen.info veröffentlicht.

Es ist völlig richtig zu fordern, dass Kinder und Jugendliche sich in einem höheren Maße als bisher mit der zentralen Funktion der privaten Haushalte in der Gesellschaft auseinandersetzen sollten und es ist zu fragen, welchen Beitrag das Bildungssystem zu leisten hat.

Aber zunächst lässt sich feststellen, dass der Antrag der DLV den erreichten Entwicklungsstand in den niedersächsischen Lehrplänen und die geschaffenen universitären Lehr- und Forschungsinfrastrukturen gänzlich ignoriert.

Es hätte sich angeboten, die Vertreter affiner Fächer wie Politik-Wirtschaft, Wirtschaft, Sachunterricht und Hauswirtschaft auf seriöse Weise in die Diskussion einzubeziehen und zu überlegen, wie ein durchaus innovativer Kern des vorgetragenen Anliegens in ein curriculares Gesamtkonstrukt für die allgemein bildende Schule eingebracht werden könnte.

Es erscheint uns daher notwendig, einige Anfragen an das Vorhaben „Alltags- und Lebensökonomie“ zu stellen, da das bisher zu erkennende Gesamtkonstrukt u. E. den in der Bundesrepublik erreichten Gesamtstandard der Debatte um Verbraucherbildung, Finanzkompetenz, ökonomische Bildung usw. nicht berücksichtigt. Bisher ist eher eine interessenpolitische als curriculare Zielrichtung zu erkennen.

Bei dem Vorstoß ist erstaunlich, wie wenig die gegenwärtigen Fachsituationen in den Schulen, die Ausbildungsstruktur an den Hochschulen und die allgemeine Forschungsinfrastruktur in Deutschland in Rechnung gestellt werden. Man gewinnt den Eindruck, dass die Bildungslandschaft buchstäblich als „grüne Wiese“ interpretiert wird, die offensichtlich nur darauf wartet, neu bepflanzt zu werden. Es werden aus unterschiedlichen schon bestehenden Schulfächern nach nicht offen gelegten Kriterien beliebig Themenfelder „herausgeschnitten“ und zu einem curricularen Konglomerat zusammen gebastelt, das mehr Fragen provoziert als beantwortet.

Die Fragen lassen sich zu drei Fragekreisen bündeln:

1. curriculare Fragen
2. bildungspolitische Fragen
3. wissenschaftspolitische Fragen

Zu 1: curriculare Fragen

- a) Wie verhält sich das „neue Fach“ zu den schon bestehenden Fächern Hauswirtschaft, dem Fach Wirtschaft bzw. dem Fachbereich Arbeit-Wirtschaft-Technik (z. B. Gesamtschulen) und dem Fach Politik-Wirtschaft im Gymnasium?
- b) Das in der Oberschule und in der Realschule in Niedersachsen erst kürzlich etablierte Profil „Gesundheit und Soziales“ ist in den Jahrgängen 9 und 10 mit zwei bzw. vier Wochenstunden ausgestattet. Welche didaktische Rolle wird dem Profulfach im Verhältnis zu dem beabsichtigten neuen Fach „Alltags- und Lebensökonomie“ zugemessen?
- c) Inwieweit werden Ergebnisse des Schweizer Projekts (Revis) linear auf deutsche Bildungs- und Fachstrukturen übertragen; ohne Berücksichtigung des erreichten Diskussionsstandes in den Bundesländern?
- d) Inwieweit wurden in Niedersachsen die Lehrpläne für die Hauswirtschaft zur Frage der Abgrenzung zu anderen Fächern in der Sekundarstufe I geprüft, insbesondere das zwei- bis vierstündige Profil „Gesundheit und Soziales“ für Realschulen und Oberschulen?

Zu 2: bildungspolitische Fragen

- a) Ist es geplant, auch für das Gymnasium und seinen Fächerkanon ein neues Fach (bildungstheoretisch, ausbildungspolitisch usw.) zu fordern und zu etablieren?
- b) Inwieweit wurde geklärt, wie eine gymnasiale Ausbildung der Lehrkräfte seriös an den Universitäten zu organisieren ist und welche Ziel-Inhaltsstruktur ein BA/MA-Studiengang aufzuweisen hat? Welche bildungspolitischen Konsequenzen werden aus dem gescheiterten Fach Hauswirtschaft in Niedersachsen gezogen?
- c) Oder soll für diesen Bereich gänzlich auf eine universitäre Ausbildung der Lehrerschaft verzichtet werden und der Lehrbedarf über Lehrkräfte aus der BBS abgedeckt werden, die zunehmend über freie Kapazitäten verfügen?
- d) Wurde analysiert, welche Auswirkungen die bisherige Ausbildungssituation auf die Reputation der Bildungsaufgabe im Schulsystem haben kann?
- e) Wurde erhoben, inwieweit die kommunalen Schulträger bereit sind, eine Arbeitsinfrastruktur für die Praxisanteile des Faches im Gymnasium bereitzustellen? Zumal diese bisher nicht einmal beim hauptschulspezifischen Fach Hauswirtschaft flächendeckend und erst recht nicht in den Realschulen realisiert werden konnte. Oder

wird angestrebt, die Gymnasialfähigkeit über einen „theoretischen“ Ansatz zu sichern und die praktische Komponente zu vernachlässigen?

- f) Inwieweit haben die Initiatoren sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie für das Fach in den nächsten zwei Jahrzehnten Lehrkräfte akquiriert werden können, die die geforderte fachliche Bandbreite
- Ernährung,
 - Gesundheit,
 - Betreuung und Versorgung im Haushalt,
 - Grundkenntnisse der Nahrungszubereitung,
 - Finanzkompetenz,
 - Verbraucherrecht,
 - internationale Finanzmärkte,
 - Ökologie,
 - Ergonomie,
 - Grundwissen zu Unternehmen,
 - usw.

in den unterschiedlichen Schulformen unterrichten sollen? Oder wird in Kauf genommen, dass das „neue Fach“ weitgehend fachfremd unterrichtet wird?

Zu 3: wissenschaftspolitische Fragen

- a) Welche Überlegungen gibt es für die Denominationen der Professuren für „Alltags- und Lebensökonomie“, die die benannten inhaltlichen Felder in der Lehre und insbesondere auch in der F o r s c h u n g abdecken sollen? Wie soll in hoch arbeitsteiligen und indikatoren gesteuerten Universitätssystemen die Personal- und Forschungsinfrastruktur aufgebaut werden?
- b) Wie gedenkt man mit dem Problem umzugehen, dass sich bei der inhaltlichen Bandbreite des Fachkonstruktes „Alltags- und Lebensökonomie“ problemlos mindestens fünf Denominationen für Professuren fordern lassen, ohne die erforderlichen fachdidaktischen Kompetenzen?
- c) Welche Konsequenzen gedenkt man zu ziehen aus der Feststellung, dass gegenwärtig keine originäre universitäre Bezugsdisziplin erkennbar ist, die den inhaltlichen Herausforderungen gerecht wird? Bei dieser Frage könnte beispielsweise die Analyse der affinen Studiengänge der Universitäten Paderborn und Bonn helfen.
- d) Inwieweit ist in Rechnung gestellt worden, dass selbst bei jahrzehntelang etablierten Studiengängen zwei fachdidaktische Lehrstühle in Deutschland schon als „üppig“ angesehen werden?
- e) Weiter wäre zu klären, inwieweit das Fach Wirtschaft mit seinen zentralen Themenfeldern (vgl. Kerncurricula für die Hauptschule, Realschule, Oberschule und für das Profulfach Wirtschaft) in Niedersachsen mit einer 37-jährigen Entwicklungsgeschichte zerschlagen werden soll. Diese Geschichte beginnt mit dem Entwurf der Nieder-

sächsischen Rahmenrichtlinien für den Sekundarbereich I - Arbeitslehre durch die Rahmenrichtlinienkommission Arbeitslehre und Vertreter des Landesschulbeirats im Jahr 1976 und mündet in dem gerade vom Niedersächsischen Kultusministerium herausgegebenen Kerncurriculum für die Oberschule, Jhrg. 7-10. Die Frage ist, ob die folgenden Themenstellungen in Zukunft in der universitären Ausbildung bzw. aus den geltenden Kerncurricula eliminiert werden sollen.

- Verbraucher und Erwerbstätige im Wirtschaftsgeschehen
- Unternehmen als ökonomische und soziale Aktionszentren
- Funktion des Staates in einer marktwirtschaftlichen Ordnung
- Wirtschaftliches Handeln regional, national, international

- f) Es ergibt sich dann auch die Frage, ob die entsprechenden Studiengänge in Oldenburg und Hildesheim zu schließen und alle vorhandenen Weiterbildungssysteme einzustampfen sind. Erst vor wenigen Wochen wurde in Hildesheim eine Professur für ökonomische Bildung berufen.
- g) Inwieweit wurde berücksichtigt, dass z. B. die Verbraucherperspektive seit über dreißig Jahren fest im Kerncurriculum „Wirtschaft“ und in der universitären Ausbildung verankert ist? Das gleiche gilt für all jene Inhalte, die gegenwärtig unter dem Begriff „finanzielle Allgemeinbildung“ zusammengefasst werden und schließlich für den Gegenstandsbereich „Unternehmen“.

Quellen zur Entwicklungsgeschichte des Faches Wirtschaft in Niedersachsen:

- Entwurf - Niedersächsische Rahmenrichtlinien für den Sekundarbereich I - Arbeitslehre, hg. von der Rahmenrichtlinienkommission Arbeitslehre und Vertretern des Landesschulbeirats, 1976
- Rahmenrichtlinien für die Hauptschule, Arbeit-Wirtschaft-Technik, hg. vom Niedersächsischen Kultusminister, Hannover 1982
- Rahmenrichtlinien für die Realschule, Arbeit-Wirtschaft-Technik, hg. vom Niedersächsischen Kultusminister, Hannover 1982
- Rahmenrichtlinien für die Hauptschule, Arbeit/Wirtschaft/Technik, hg. vom Niedersächsischen Kultusminister, Hannover 1988
- Rahmenrichtlinien für die Hauptschule, Arbeit/Wirtschaft-Technik, hg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 1997
- Rahmenrichtlinien für die Realschule, Arbeit/Wirtschaft-Technik, hg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 1997
- Kerncurriculum für die Hauptschule, Schuljahrgänge 7 - 10, Wirtschaft, hg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 2009
- Kerncurriculum für die Realschule Schuljahrgänge 8-10, Wirtschaft, hg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 2009
- Kerncurriculum für die Integrierte Gesamtschule Schuljahrgänge 5 - 10, Arbeit-Wirtschaft-Technik, hg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 2010
- Curriculare Vorgaben für die Realschule, Profil Wirtschaft, hg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 2011

- Kerncurriculum für die Oberschule, Schuljahrgänge 7-10, Wirtschaft, hg. vom Niedersächsischen Kultusministerium, Hannover 2013

Ka, 09. Oktober 2013